

Kazimierz B a d z i a k

## ZUR GENESE DES SCHEITERNS DER FINANZ- UND WÄHRUNGSREFORM UNTER DER REGIERUNG GRABSKI

Bis Ende 1923 wurde das wirtschaftlich-soziale Leben in Polen in einem sehr starken Ausmaße durch die Inflation beeinflusst. Ihren Ursprung hatte diese hauptsächlich in der übermäßigen Geldemission für die Zwecke des Staatshaushalts. Dieses Problem hing mit der wachsenden Beteiligung des Staates an der Nationalbank zusammen.

Der junge polnische Staat sah sich gezwungen, einen beträchtlichen Teil der Investitionsausgaben zu leisten; er musste außerdem auf die Beschäftigung einwirken, denn die linken Parteien übten dabei einen entsprechenden Druck aus. Der Staat übernahm die Last, welche aus der Erhaltung eines wachsenden nichtproduktiven Bereiches resultierte, und hielt aus politischen Gründen an einer großen Armee fest. Er wurde daher ein immer mächtigeres Wirtschaftssubjekt, darunter Investor und Verbraucher.<sup>1</sup>

Seit Anfang 1919 war die Inflation in Polen galoppierend<sup>2</sup>, dies kam u.a. in der katastrophalen Abwertung der polnischen Mark zum Ausdruck. Die erste Abwertungsphase kam erst im Mai 1920 zum Stillstand.<sup>3</sup> Ein starker Inflationsdruck trat immer dann auf, wenn es auf dem Markt unbeschäftigte Produktionskräfte gab.<sup>4</sup> Der Beschäftigungsgrad lag 1920/1921 schätzungsweise bei 30% des Vorkriegsstands.

Die zweite Phase der galoppierenden Inflation trat im August 1920 ein, sie wurde von politischen und Kriegereignissen sowie einem intensiven Drucken der

---

<sup>1</sup> A. Heydel, *Etatyzm* [Etatismus], in: *Encyklopedia nauk politycznych* [Lexikon der Politikwissenschaften], Bd. 2, Warszawa 1937, S. 116; K. Lutkowski, *Inflacja* [Inflation], in: *Encyklopedia biznesu* [Handelslexikon], Bd. 1, hrsg. v. W. Pomykała, Warszawa 1995, S. 329 f.

<sup>2</sup> K. Badziak, *W oczekiwaniu na przełom. Na drodze od odrodzenia do załamania państwa polskiego: listopad 1918-czerwiec 1920* [Warten auf den Durchbruch. Der Weg von der Wiederentstehung des polnischen Staates bis zur Krise: November 1918-Juni 1920], Łódź 2004, S. 176 f.

<sup>3</sup> Ebd., S. 177-179.

<sup>4</sup> A.A. Rozental, *Rola inflacji w rozwoju gospodarczym. Wybór rozpraw* [Zur Rolle der Inflation für die wirtschaftliche Entwicklung. Ausgewählte Schriften], bearb. v. K. Rudzki, New York 1958, S. 265 f. Eine solche Situation trat in Polen 1919 und Anfang 1920 auf.

Landeswährung für die Staatskasse hervorgerufen. Gegen Ende 1920 nahm sie solchen Ausmaß an, dass das Geldangebot eine sinkenden Tendenz aufwies, wenn es in fremde Währungen umgerechnet wurde, obwohl die Polnische Staatliche Darlehenskasse (Polska Krajowa Kasa Poyczkowa, PKKP) die Mark für Staatshaushalts- und wirtschaftliche Zwecke intensiv druckte.<sup>5</sup>

Die Inflation ist ein Geldphanomen, selbst in der sozialistischen Wirtschaft, und wenn sie über einen längeren Zeitraum anhält, löst sie Deflation aus, d.h. die Abnahme des Geldangebotes bei Umrechnung in fremde Währungen. Gesellschaftlich wird das als überschuss an Geld, als Warenmangel empfunden. Das trifft nicht zu. Der Geldmangel wirkt sich auf eine beschleunigte Warenzirkulation aus und treibt so die Inflation an, wodurch der Wert des Geldes sinkt und die Nominalpreise wachsen.

Die galoppierende Inflation in Polen, die im Juni 1923 zu einer Hyperinflation wurde, verursachte einen schnellen Umlauf der sich entwertenden Währung, konnte aber der Abnahme ihres Umlaufwertes nicht entgegenwirken. Ende 1918 betrug das Angebot an Landeswährung umgerechnet etwa 110 Mio. Dollar, im Dezember 1923 dagegen lediglich ca. 30 Mio.<sup>6</sup> Die dargestellten Entwicklungen trugen zu einer Verarmung des Landes bei, denn das Gleichgewicht zwischen der Akkumulation und der Konsumtion geriet zugunsten der letzteren ins Wanken.<sup>7</sup> Die Industrie verlor das in polnischer Mark angelegte Umsatzkapital, ihre Zusammenarbeit mit den Kreditinstituten riss ab bzw. wurde eingeschränkt.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Gebiet Polens in einen weitgespannten internationalen Austausch eingebunden. Die Industrie und der Handel meldeten eine starke Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, infolgedessen stieg der Devisenkurs auf dem Binnenmarkt schneller als das Preisniveau. Hinzu kam die Thesaurierung von Ersparnissen in fremden Währungen; ähnlich wirkte sich der Deviseneinkauf zur Bezahlung von Importwaren aus. Auch psychologische Faktoren, insbesondere die Abkehr von der entwerteten Landeswährung, spielten eine Rolle. Der heftige Kursanstieg ausländischer Zahlungsmittel war eine internationale Erscheinung, in der polnischen Situation (immer stärkere Deflationstendenzen, also Entwertung der Landeswährung bei Umrechnung in fremde Währungen) nahm er allerdings seltene Ausmaße an, so dass der Kurs der Mark im Verhältnis zum Dollar schneller fiel als das Emissionstempo der Landeswährung steigen konnte. Der Höhepunkt dieser Entwicklung fiel in die Zeit der Hyperinflation, das heißt in die zweite Jahreshälfte 1923, als sich der Absatz auf dem Binnenmarkt überdeutlich

<sup>5</sup> A. Roman, *Dwadziecia lat rozwoju przemyslowego* [20 Jahre Industrieentwicklung], „Polska Gospodarcza”, 1938, S. 1569.

<sup>6</sup> *O sytuacji na rynku pieniężnym w 1923 r.* [Von der Lage auf dem Geldmarkt 1923], Archiwum Akt Nowych [Archiv Neuer Akten, AAN], Min. Skarbu [Finanzministerium] Sign. 7351b.

<sup>7</sup> In der Fachliteratur, welche die Inflationszeit in Polen beurteilt, überwiegt deren positive Einschätzung. Heutzutage nimmt man an, dass jede Inflation eine schlechte Lösung ist, jede Deflation eine noch schlechtere.

verschlechterte. Die Reallöhne fingen an heftig zu sinken, im Oktober und November 1923 verstärkten sich dadurch gesellschaftliche Spannungen. In der Hyperinflationszeit mussten die Einkäufe notwendigerweise eingeschränkt werden, die Industrieproduktion wuchs aber bis zum Oktober; danach trat eine gegenläufige Tendenz ein. Bereits Mitte 1923 zeigten sich in der Wirtschaft erste Symptome der Rezession, die allmählich in eine lang anhaltende Krise überging.

Seit Ende 1920 stellte die Bekämpfung der Inflation das hauptsächliche Element in der Auseinandersetzung um die staatliche Wirtschaftspolitik dar. Zwei Richtungen zeichneten sich ab: Die organische Schule (J.K. Steczkowski, Jerzy Michalski)<sup>8</sup> legte großen Wert auf ein schnelles Wachstum der Industrieproduktion, ein Senken der Erwerbslosigkeit sowie auf den Ausbau des Exports zwecks Gewinnung einer höheren Devisenmenge. Dies würde die Inflation, d.h. die Entwertung der polnischen Mark und die sie begleitende Nominalpreiserhöhung für Waren und Güter, in Grenzen halten. Wie man ihrer Bezeichnung entnehmen kann, verlangte die organische Schule, dass die Wirtschaft als Ganzes behandelt werden solle, und knüpfte an die Errungenschaften der neoklassischen Wirtschaftslehre an, welche in den 1880er Jahren mit Alfred Marshall ihren Anfang genommen hatte, der auf die Elastizität der Nachfrage hinwies. Auf diese Art und Weise begann die Umgestaltung der gesamten Wirtschaftslehre. Diese neue Theorie, die allen modernen wirtschaftstheoretischen Strömungen zu Grunde liegt, konzentrierte sich auf die Darstellung der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Grundlagen. So wurde die marktwirtschaftliche Herangehensweise geboren. In Polen hatte die organische Schule wenige Vertreter und keinen zusammenhängenden Charakter als Gruppierung von Wirtschaftswissenschaftlern und -funktionären. Seit 1921 bildete deren Kern zweifellos die liberale Krakauer Schule mit Prof. Adam Krzyżanowski an der Spitze.

Im wiederentstandenen Polen war die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler und -funktionäre mit der Tradition der klassischen Schule (der alten Wirtschaftslehre) verbunden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beruhte die gesamte Wert- und Tauschtheorie auf der Analyse von Produktionskosten und Angebotsbedingungen, während die Nachfrage als eine gegebene Größe ohne Grenzwerte angesehen wurde.<sup>9</sup> Von der klassischen Wirtschaftstheorie hatten Marx und seine Nachfolger die politische Ökonomie abgeleitet, sie bildete die Grundlage für die um die Jahrhundertwende des 19. und 20. Jahrhunderts populäre soziale Ökonomie wie auch für die Ansichten der jüngeren deutschen historischen Schule. Die Anhänger der genannten Richtungen waren überzeugt, dass die Wirtschaft einen Mechanismus darstelle. Dank dieser einfachen Erklärung

---

<sup>8</sup> C. Napoleoni, *Mysł ekonomiczna XX wieku* [Das ökonomische Denken im 20. Jahrhundert], Warszawa 1964.

<sup>9</sup> E. Taylor, *Istota kryzysu światowego* [Das Wesen der Weltkrise], „Ruch Prawniczy, Ekonomiczny i Socjologiczny”, 1931, H. 4, S. 315.

konnte man schlussfolgern, die Wirtschaft lasse sich leicht steuern, besitze man nur ausreichendes Wissen über ihr Funktionieren. Es genüge, die Lokomotive aufzuzeigen und sie mit Brennstoff zu beliefern. Das war falsch. In Wahrheit stellt die Wirtschaft keinen Mechanismus, sondern einen Organismus dar. Sie ist ja ein gesellschaftliches Phänomen, also ein organisches und kein physikalisches. Sie weist daher eine sehr komplizierte Struktur auf.

Am Ausgang des 19. Jahrhunderts wurden einige Grundsätze der klassischen Schule umgestaltet. Neue Elemente kamen hinzu, darunter die Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichts.<sup>10</sup> Letztere kennzeichnete eine bestimmte Wirtschaftspolitik, d.h. eine Weise, das ökonomische Handeln aufzufassen, Instrumente zu deren Steuerung präzise auszuarbeiten (einen Plan zu erstellen).

Nach dem Ersten Weltkrieg gehörten die Anhänger des klassischen Paradigmas in Polen u.a. der sog. technischen Schule an, welche auch die Valorisations-, seltener die Warschauer Schule genannt wurde. Als ihr hervorragendster Vertreter gilt der bekannte Wirtschaftsfunktionär und Politiker Władysław Grabski, dem sich eine Gruppe von Volkswirtschaftsfunktionären angeschlossen hatte. Für die technische Schule stellte der Verbraucher die zentrale Gestalt im Wirtschaftssystem dar,<sup>11</sup> ihm galt ihre besondere Sorge.<sup>12</sup> Die größte Bedrohung des sich wieder konstituierenden Marktes ginge von Spekulanten und der Warenteuerung aus. Davor wurde der Verbraucher in Schutz genommen, was den Ausbau von gesetzlichen Regelungen (vgl. den Kriegswucher) sowie von Maßnahmen zur Verfolgung einschlägiger Auswüchse erforderte.

Die Vertreter der Valorisationsschule sahen im Geld, ähnlich wie die klassische Wirtschaftslehre, einen den ökonomischen Tatbeständen gegenüber neutralen Faktor, während die neuklassische Wirtschaftslehre eine aktivistische Haltung einnahm und seit der Jahrhundertwende 1900 neue Geldtheorien entwickelte.<sup>13</sup> In den 1930er Jahren wurde bewiesen, dass die Wirtschaft eine Geldstruktur ist und das Geldangebot an ihre Bedürfnisse angepasst werden sollte. Die Perspektive, in der die Valorisationsschule das Geld sah, war also eine veraltete. Unbemerkt blieb dort der Zusammenhang zwischen dem Geldangebot und Schwankungen realer Größen, d.h. des Produktionswertes und der Erwerbslosigkeit<sup>14</sup>; die Rolle des Geldes wurde auf die Ausführung von Handelsoperationen begrenzt. Die technische Schule hatte

<sup>10</sup> Diese Herangehensweise führte die Lausanner (mathematische) Schule ein.

<sup>11</sup> Für die organische Schule war es der Erzeuger, der Güterproduzent.

<sup>12</sup> Die Politik der Regierung Grabski war verbraucherorientiert (1924-1925), angeblich um die ärmeren städtischen Bevölkerungsgruppen zu schützen.

<sup>13</sup> S. Rączkowski, *Teoria pieniądza J.M. Keynesa* [J.M. Keynes' Geldtheorie], 2. Aufl., Warszawa-Lódź 1948, S. 152, 190.

<sup>14</sup> *Sprawozdanie Związku Banków w Polsce za rok 1920* [Bericht des Verbandes Polnischer Banken für 1920], Warszawa 1921, S. 11; K. Studentowicz, *Ewolucja zasad polityki pieniężnej w krajach kapitalistycznych* [Zum Wandel in den Grundsätzen der Geldpolitik in den kapitalistischen Ländern], Warszawa 1965.

einige Lösungsvorschläge ausgearbeitet, welche den Haushaltsausgleich und die Währungsreform möglichst schnell herbeiführen sollten, darunter: Anleihen im In-, seltener im Ausland, Börseninterventionen, Steuerindexe, Emission einer Parallelwährung, Anlage eines Sonderfonds in fremder Währung aus den Exportgeschäften.<sup>15</sup>

Die Sanierung der Staatskasse und die Währungsreform waren Gegenstand der Beratungen während der Konferenz im Belvedere [seit 1918 repräsentative Staatsresidenz in Warszawa, Anm. d. Ü.] am 9.-14.01.1923. Diskutiert wurden Berichte von 7 Finanzministern, verschiedene Personen und Gruppierungen legten 40 Denkschriften vor. Die Debatte betraf u.a. die Ursachen für Haushaltsdefizite sowie die Methoden zu deren Ausgleich; ein großes Sparprogramm der staatlichen Finanzen wurde angekündigt. Die Stabilisierung der Mark stellte man erst für die Zeit in Aussicht, wenn der Haushaltsausgleich erreicht sein würde.<sup>16</sup> Władysław Grabski arbeitete als Finanzminister der Regierung Sikorski ein eigenes Reformprogramm aus, das am 3. März 1923 vorgelegt wurde. Der Finanzplan sollte innerhalb von 3 Jahren umgesetzt werden, die Währungsreform war für die Schlussphase vorgesehen. Die größte Bedeutung maß er der Verabschiedung einiger neuer Steuern bei, darunter der Vermögenssteuer und der Waldabgabe, der Einführung eines festen Wertmessers, der Reformierung staatlicher Unternehmen. Das Hauptziel W. Grabskis bestand demnach im Streben nach einem Haushaltsausgleich.<sup>17</sup>

Der nächste Finanzminister Hubert Linde lehnte sich an das Programm seines Vorgängers an, obgleich er einige Modifizierungen vorgenommen hatte. In seinem Exposé vom 1. August 1923 stellte er die Durchführung der Währungsreform in Aussicht: durch die (allerdings längerfristig geplante) Gründung einer Emissionsbank, die Stabilisierung der polnischen Mark sowie die Emission einer neuen Währung.<sup>18</sup> Sein Nachfolger Władysław Kucharski ernannte zu seinem programmatischen Hauptziel die gleichzeitige Verwirklichung dreier wichtiger Aufgaben: 1. Stabilisierung der Landeswährung; 2. Haushaltsausgleich durch die Bildung eines Stabilisierungsfonds, ein breit angelegtes Sparprogramm, die maximale Begrenzung von Investitionsplänen sowie den teilweisen Verkauf vom Staatsvermögen; 3. Währungsreform. Eine solche Herangehensweise war neu, äußerst originell und völlig richtig. Um seine Ziele verwirklichen zu können, bemühte sich Kucharski um Anleihen und Kredite im Ausland, war dabei aber nur zum Teil erfolgreich. In seinem neuen Programm, das er Mitte Dezember 1923 bekanntgab, kündigte er die

<sup>15</sup> F. Młynarski, *Walka o naprawę skarbu* [Der Kampf um die Sanierung der Finanzen], Warszawa 1924, S. 13.

<sup>16</sup> Die während der Konferenz im Belvedere vorgelegten Pläne wurden von W. Grabski nur teilweise akzeptiert.

<sup>17</sup> Władysław Grabski war einen Monat lang Finanzminister in der Chjeno-Piasta-Regierung.

<sup>18</sup> AAN, Akta S. Kuzika [Akten von S. Kuzik], Sign. 2, S. 1-2.

Gründung einer Emissionsbank für Anfang Februar 1924 an.<sup>19</sup> Bis dahin konnte die Regierung Witos folgende Gesetze durchbringen: die Vermögenssteuer<sup>20</sup> und die Waldabgabe, die Industrieumsatzsteuer sowie die Valorisationssteuer. Vorgelegt wurde außerdem der erste Haushaltsentwurf für 1924.<sup>21</sup> Kucharski war ein Wirtschaftsfunktionär und ein Industrieller, als ein solcher also bestens bewandert im damaligen ökonomischen Leben; er kannte die schwache finanzielle Kondition der Industrie und des Handels. So förderte er den Abbau von Haushaltsausgaben und wandte sich gegen die hohe Steuerbelastung von Wirtschaftsunternehmen. Die Währungsreform gehörte für ihn als Anhänger der organischen Schule eng mit der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung als Ganzes zusammen.

Das neue Kabinett Grabskis, das nach der Auflösung der Regierung Witos entstanden war, sah seine wichtigste Aufgabe in der Durchführung von Finanz- und Währungsreformen.<sup>22</sup> Der Ministerpräsident selbst hatte seine bisherige Sicht auf die Problematik geändert. In erster Linie beabsichtigte er, die Reformen auf den Zeitraum eines halben Jahres zu beschränken und sie aus „eigener Kraft“ durchzuführen, eine Zuhilfenahme ausländischen Finanzkapitals war also nicht vorgesehen. Władysław Grabski lehnte im Prinzip die meisten einschlägigen Lösungen ab, welche die Regierung Witos vorgeschlagen hatte. In der Fachliteratur herrscht Übereinstimmung hinsichtlich der Einschätzung, er sei auf sein Programm aus den Jahren 1920 und 1921 zurückgekommen. Dessen Grundlagen bestanden in: 1. der intensiven Produktion der polnischen Mark für unterschiedliche Zwecke, darunter den Haushaltsausgleich, dem Ankauf fremder Währungen und der Anlage von Haushaltsreserven für 1924; 2. einer hohen Steuerbelastung, die dem Fiskalismus nahe kam; 3. dem vorrangigen Streben nach der Finanzreform als bedeutendstem Element der aktuellen Wirtschaftspolitik.<sup>23</sup>

<sup>19</sup> „Gazeta Warszawska”, 23 X 1923, Nr. 290, S. 1; *W służbie dla państwa i ludu. Co zdziałal rząd W. Witos a w czasie od 27-go maja do 16-go grudnia 1923 roku* [Im Dienst für den Staat und das Volk. Was die Regierung Witos' vom 27. Mai bis zum 16. Dezember 1923 vollbrachte], Lwów [1924].

<sup>20</sup> Man berechnete sie auf 1 Mia. Goldfranc; sie sollte in den Jahren 1924-1926 gezahlt werden, davon die erste Rate im zweiten Vierteljahr 1924.

<sup>21</sup> „Monitor Polski”, 1923, Nr. 202, S. 2-3; Nr. 227, S. 1; Nr. 228, S. 2; Nr. 229, S. 1; Nr. 252, S. 1; Nr. 258, S. 1; Nr. 268, S. 1-2; W. Witos, *Moje wspomnienia* [Meine Memoiren], Bd. III, Paryż 1965, S. 56-58.

<sup>22</sup> J. Tomaszewski, *Trzy projekty Władysława Grabskiego* [Drei Projekte von W. Grabski], „Kwartalnik Historyczny”, 1959, Nr. 3/4, S. 1170-1182; W. Sułkowska, *Czy reforma walutowa 1924 roku była reformą Władysława Grabskiego* [War die Währungsreform von 1924 eine Reform von W. Grabski?], „Zeszyty Naukowe Akademii Ekonomicznej w Krakowie”, 1987, Nr. 232, S. 67 f.

<sup>23</sup> Zu der Regierung Grabski: J. Tomaszewski, *Stabilizacja waluty w Polsce 1924-1925* [Die Stabilisierung der Währung in Polen 1924-1925], Warszawa 1961; Z. Landau, *Reformy skarbowo-walutowe Władysława Grabskiego* [Finanz- und Währungsreformen von W. Grabski], „Finanse”, 1969, Nr. 3, S. 7-21; W. Sułkowska, *Źródła sukcesów i przyczyny niepowodzeń reform Władysława Grabskiego* [Die Ursachen für den Erfolg und Mißerfolg bei den Reformen von W. Grabski], Wrocław-Warszawa-Kraków 1996.

Einer der ersten Schritte W. Grabskis beruhte darauf, eine hohe, überbewertete Geldeinheit einzuführen. Der Zloty wurde eingeführt, ohne dass seine eigentliche Kaufkraft im Verhältnis zu dem Weltpreisniveau überprüft worden wäre.<sup>24</sup> Der Kurs war zu hoch im Vergleich mit der ökonomischen Situation des Landes, den Vorräten an Geld und Devisen. Als Folgeerscheinung stiegen die Preise auf dem Binnenmarkt und die Handelsumsätze wurden geringer. Danach stiegen die Produktionskosten und polnische Erzeugnisse konnten unmöglich im größeren Rahmen ausgeführt werden. Die Währungsreform schuf eine Importprämie für ausländische Produkte.<sup>25</sup>

Am 11. Januar 1924 verordnete der Finanzminister, dass aufgrund des Valorisationsgesetzes vom 6. Dezember 1923 die polnische Mark im Verhältnis zum Dollar stabilisiert werden sollte. Dies war ein verfrühter Schritt, welcher der Ausmerzung von Spekulation auf dem Geldmarkt ein Ende setzte.<sup>26</sup> 1923/1924 setzte spontan ein Mechanismus ein, der die Inflation in der polnischen Wirtschaft dämpfte. Der Preisanstieg auf dem Binnenmarkt während der galoppierenden und der Hyperinflation konnte gebremst werden.<sup>27</sup> Dies hatte verschiedene Gründe, darunter die nachlassende Nachfrage im effektiven Sinne und die Entwertung bedeutender Währungen auf dem ausländischen Markt. Die Spekulation wurde langsam abgeschafft und im Inland zeigte sich eine Tendenz zur Entwertung von Devisen bei gleichzeitiger Aufwertung der Landeswährung.

In der Fachliteratur überwiegt die Meinung, die oben dargestellten Tendenzen hätten das Vertrauen in die Politik W. Grabskis ausgedrückt.<sup>28</sup> In der Tat wurden die Entscheidung vom 11. Januar 1924 sowie die folgenden zum wichtigsten Bindeglied bei der Durchführung der Finanz- und Währungsreform. Damit unterbrach man den Prozess einer automatischen Entwertung von fremden Währungen, als er im Ausland noch im Gange war. So entstand auch eine günstige Lage für Dollarbesitzer, die diese Währung allmählich verkauften; zu diesem Zweck druckten staatliche Druckereien 250 Bio. polnische Mark, und eine größere Menge der

---

<sup>24</sup> J. Dmochowski, *Reformy walutowe w Europie i Polsce* [Währungsreformen in Europa und Polen], „Przemysł i Handel”, 1926, H. 5, S. 124. Einen ähnlichen Fehler beging die englische Regierung, und zwar der Finanzkanzler Winston Churchill, als er 1925 das Vorkriegspfund einführte (J. Kostanecki, *Polityka dyskontowa Banku Angielskiego 1914-1930* [Die Diskontpolitik der Englischen Bank 1914-1930], Kraków 1930).

<sup>25</sup> F. Zweig, *Bilans handlowy w dobie stabilizacji* [Die Handelsbilanz zur Zeit der Stabilisierung], Kraków 1925; H. Korowicz, *Polityka handlowa* [Die Handelspolitik], Lwów-Warszawa 1931, S. 228; E. Landsberg, *Uwagi w sprawie zachwiania się przemysłu polskiego w dobie kryzysu* [Bemerkungen zu den Schwierigkeiten der polnischen Industrie in den Krisenjahren], Warszawa 1925, S. 8 f.

<sup>26</sup> Die Politik einer schnellen Stabilisierung des Währungskurses gehörte zu den von der Valorisationschule befürworteten Lösungen.

<sup>27</sup> Vgl. Anm. 4.

<sup>28</sup> Diese Ansicht vertraten die Schöpfer der Finanz- und Währungsreform in: W. Grabski, *Dwa lata pracy u podstaw państwowości naszej (1924-1925)* [Zwei Jahre Arbeit an den Grundlagen unserer Staatlichkeit (1924-1925)], Warszawa 1927; F. Młynarski, *Wspomnienia* [Erinnerungen], Warszawa 1971, S. 187 f.

amerikanischen Währung erwarb die PKKP. Im Urteil W. Grabskis war das ein glänzendes Geschäft, während es in Wirklichkeit einen stark erhöheten Wechselkurs des Goldfranken, also des Goldzloty zu der polnischen Mark festigte. Zuerst bot man für 1 Zloty 1,65 Mio., dann 1,8 Mio. polnische Mark, während Wirtschaftsexperten einen Kurs 1 zu 1,0 oder 1,1 Mio. für am angemessensten hielten.

1924 wurde die Erhaltung der Kaufkraft des Zloty zu einer grundsätzlichen Frage in der Wirtschaftspolitik des Staates. Die Geldstabilitat bildete die Achse dieser Politik.<sup>29</sup> Das zweite Grundprinzip bedeutete die Sorge um den Haushaltsausgleich. Die Uberpresenz des Staates im Wirtschaftsleben brachte am besten seine Kontrolle des Geldumlaufs zum Ausdruck. Wladysław Grabski und sein Kabinett gingen davon aus, dass der Staat das wichtigste Element sei und seine Position auf Kosten der Gesellschaft, insbesondere der Besitzenden, stärken müsse. Die Anschauungen der Anhänger einer solchen Reformpolitik gibt treffend ein Buch von F. Młynarski wieder<sup>30</sup>, einem engen Mitarbeiter von W. Grabski in den Jahren 1924-1925. Die von höheren Beamten dominierte Valorisationsschule meinte, der Haushaltsausgleich sei „ein unumstrittenes Postulat einer gesunden Wirtschaft. Steuern und Abgaben trügen zu einer ausgeglichenen Kaufkraft bei. Die letztere sinke, während die Emission ansteige. Man glaubte außerdem, dass das Preisniveau und die Kaufkraft des Geldes zwei Seiten derselben Medaille seien, d.h. dass eine starke Währung feste Preise im Inland garantiere. Auch der Staatshaushalt hatte Interesse an festen Preisen, weil die Steuerhöhe kaum veränderbar war. Die Einführung der Umsatzsteuer gewährleistete allerdings, dass die Steuern mit den Preisen Schritt halten würden. Die obigen Prinzipien verwirklichte im Großen und Ganzen die auerparlamentarische Regierung Grabski. Zugrunde lagen ihnen die Erfahrungen aus der Zeit der Inflation und das Streben nach dem Primat des Staates gegenüber der Wirtschaft.

Grabski befürwortete einen geringen Geldumlauf und eine weiterhin harte, also durch einen beträchtlichen Vorrat an Devisen und Gold gedeckte Währung. Seinen Ausgangspunkt bildete folgende Argumentation: „[...] damit der polnische Zloty unangreifbar sei, muss die Polnische Bank (Bank Polski) über eine große Menge an Dollar verfügen, sie muss diese jedem geben, der sie haben will, und der Finanzminister hat dafür zu sorgen, dass der Steuerzahler nicht allzu viele Zlotys hat, die er gegen Dollar umtauschen könnte. Eine Angelegenheit des Finanzm[inisters] ist es, die Steuerschraube so zu bedienen, dass kein Steuerzahler je mit einem größeren Geldbetrag ankommen kann“.<sup>31</sup> Eine derartige Steuerpolitik hatte

<sup>29</sup> J. Zdziechowski, *Finanse Polski w latach 1924 i 1925* [Die polnischen Finanzen in den Jahren 1924 und 1925], Warszawa 1925, S. 13 f.; Z. Landau, *Głównie tendencje rozwoju gospodarczego Polski Ludowej* [Haupttendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung der Volksrepublik Polen], in: *U źródeł polskiego kryzysu* [Zu den Ursachen der polnischen Krise], hrsg. v. A. Mueller, Warszawa 1985, S. 71.

<sup>30</sup> *Reforma ustroju pieniężnego* [Die Reform des Geldsystems], Warszawa 1921, S. 29-38.

<sup>31</sup> *List P. Włodarskiego do W. Grabskiego z 1 II 1925 r.* [Brief von P. Włodarski an W. Grabski vom 1.02.1925], AAN, Prezydium Rady Ministrów [Präsidium des Ministerrates, PRM]. Komitet Ekonomicz-



eins zum Ziel: die Erhaltung des Zlotykurses, und kurzfristig war dies in der Tat auch möglich. Für W. Grabski war eine solche Lösung eine langfristige Notwendigkeit, ja sie wurde sogar zu einem festen Prinzip der Währungs- und Finanzpolitik. Er fürchtete vor allem ein erneutes Aufkommen der Spekulation. Die Furcht war unbegründet, denn die Einführung des Zloty war ja kraft der Verordnung vom 11. Januar 1924 entschieden und auch der Kurs zum Umrechnen der polnischen Mark in Goldzloty wurde festgeschrieben. Auf diese Art und Weise begann die Währungspolitik auf Deflation abzu zielen, die in der Regulierung des Geldumsatzes und einem Festhalten an einem niedrigen, wirtschaftlich unangemessenen Geldangebot bestand. Die Schöpfer der Finanz- und Währungsreform sahen darin eine wirksame Barriere gegen Inflationstendenzen. Gleichzeitig wurde die Steuerschraube weiter angezogen und die Polnische Bank (Bank Polski) schränkte notgedrungen Kreditvorgänge ein. Zeitgenössische Fachleute schlugen verschiedene Lösungen vor, wie das Geldangebot vermehrt werden konnte. Man sprach von der Fremdkapitalbeteiligung an der Polnischen Bank (Bank Polski) wie auch von der Aufnahme einer größeren Auslandsanleihe. Für letzteres entschied sich W. Grabski, allerdings erst in der Schlussphase seiner Amtszeit.<sup>32</sup> Eine zweite Gruppe von Vorschlägen gingen in die Richtung, ein solides Wechselportefeuille in der Polnischen Bank (Bank Polski) zu schaffen, wodurch eine beträchtliche Steigerung von Kreditvorgängen, ja sogar des Geldumlaufs hätte erzielt werden können. Das Kabinett Grabskis bekämpfte derartige Konzeptionen als schädlich, Recht hatten jedoch die Kritiker der offiziellen Währungspolitik von 1924-1925.<sup>33</sup>

Der zweite Fehler der Währungsreform von W. Grabski beruhte also darauf, begrenzte Geldmittel in den Umlauf zu bringen. Dieses Phänomen wurde deutlicher, nachdem die polnische Mark aus dem Verkehr gezogen wurde. Am 1. Juli 1924 verlor sie ihre Zahlungskraft, was u.a. zu Preissteigerungen führte. Die Regierung verringerte, um dem entgegenzuwirken, Zollgebühren für importierte Waren, was die negative Handelsbilanz noch verschärfte.<sup>34</sup>

Der Geldumlauf erreichte Ende 1924 676 Mio. Zloty, d.h. etwa 30% des Vorkriegszustands.<sup>35</sup> Im August 1925 wuchs er auf 745,7 Mio. Zloty an, wobei den

---

ny Ministrów [Wirtschaftskomitee des Ministerrats, KEM], Sign. 7. Die Ansichten W. Grabskis enthalten die Schriften: *O własnych siłach. Zbiór artykułów na czasie* [Mit eigenen Kräften. Eine Sammlung von zeitgemäßen Aufsätzen], Warszawa 1926; *Program walki z kryzysem gospodarczym. Mowy* [Das Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Reden], Warszawa 1925.

<sup>32</sup> M. Łapa, *Modernizacja państwa. Polska polityka gospodarcza 1926-1929* [Die Modernisierung des Staates. Zur polnischen Wirtschaftspolitik 1926-1929], Łódź 2002, S. 29 f.

<sup>33</sup> 1925/1926 schlug der Finanzberater der polnischen Regierung Prof. E.W. Kemmerer diese Lösung vor, um das Geldangebot zu vermehren. (*Sprawozdania oraz zalecenia Komisji Doradców Finansowych* [Berichte und Empfehlungen des Finanzberaterausschusses], Bd. III, Kraków 1926, S. 16.).

<sup>34</sup> J. Dmochowski, *Reformy walutowe...* [Die Währungsreformen...], S. 124 f.; M. Korowicz, *Kryzys deflacyjny w Polsce* [Die Deflationskrise in Polen], in: *Księga pamiątkowa ku czci Leopolda Caro* [Festschrift für Leopold Caro], Warszawa 1935, S. 227.

<sup>35</sup> Z. Żabiński, *Uzdrowienie waluty polskiej w r. 1924* [Die Sanierung der polnischen Währung],

größeren Teil Münzen und Scheidemünzen ausmachten. In der Praxis lag er nicht so hoch, weil es u.a. Kassenreserven gab, die nicht angerührt werden durften. Der für 1925 ausgearbeitete Haushaltsplan nannte eine Summe von 3,32 Mia. Złoty. Um ihn zu verwirklichen, hätten monatlich 272 Mio. Złoty in die Staatskasse fließen müssen, was sich als unrealisierbar erwies.<sup>36</sup>

Seit dem frühen 20. Jahrhundert setzte sich allmählich die Ansicht durch, das zweckmäßige Verhältnis zwischen Geldangebot und Staatshaushalt sollte bei 3 zu 1 liegen. Im Polen der Grabski-Zeit war es umgekehrt; das hatte Geldhunger sowie hohe Produktionskosten zur Folge. Die meisten freien Geldmittel wurden von staatlichen Kassen abgeschöpft.

Eine weitere Folgeerscheinung des geringen Geldumlaufs war die anhaltende Marktwirtschaftskrise. Sie beruhte ganz allgemein gesprochen auf der schwachen Nachfrage nach Industrieerzeugnissen. Dass sich Angebot und Nachfrage nicht die Waage hielten, resultierte aus dem fehlerhaften Geldvermittlungssystem auf dem Markt.<sup>37</sup> Einen Beweis für den geringen Geldumlauf lieferten überteure Kredite. Der monatliche Diskontsatz stieg 1924 auf 5-7% an. Die Industrie sah sich nach ausländischen Krediten um, denn die Möglichkeiten der Polnischen Bank (Bank Polski) waren sehr beschränkt.

Um der Desorganisation des Kreditmarktes entgegenzuwirken, erließ der Präsident am 28. Juni 1924 eine Verordnung zum Geldwucher.<sup>38</sup> Seitdem war die Entwicklung des Zinssatzes reglementiert. Die Geldwucherbestimmungen betrafen alle Kreditvorgänge, in Wirklichkeit jedoch fanden sie bei Umsätzen von Banken Verwendung. Kontrollen auf dem freien Markt waren undurchführbar. Dies und andere Voraussetzungen führten dazu, dass die Zinssätzen in den Banken und diejenigen auf dem sog. freien Markt sich stark auseinanderentwickelten. Demzufolge wurden beträchtliche Ersparnisse außerhalb von Banken angelegt, was einen negativen Einfluss auf Kapitalisationsprozesse ausübte, denn der unorganisierte Kreditmarkt wurde steuerlich privilegiert. Die negativen Auswirkungen der Zinsregulierungspolitik waren seit 1924 Gegenstand einer allgemeinen Kritik. Ebenfalls

„Studia Historyczne”, 1983, H. 2, S. 269 f.; AAN, Archiwum Moraczewskich [Moraczewski-Archiv, MA], Sign. 71/II-56, S. 4 f.

<sup>36</sup> AAN, MA, Sign. 71/II-56, S. 5; W. Sułkowska, *O programie reform realizowanych przez rząd Władysława Grabskiego w latach 1924 i 1925 po zakończeniu reformy walutowej* [Zum Reformprogramm der Regierung Grabski in den Jahren 1924 und 1925, nach der Umsetzung der Währungsreform], „Zeszyty Naukowe Akademii Ekonomicznej w Krakowie”, 1989, Nr. 306, S. 147.

<sup>37</sup> Dass der an den Bedürfnissen der Wirtschaft gemessene Geldumlauf von 1924 an zu gering war, stellen viele Zeitgenossen fest: Biblioteka PAN w Krakowie [Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften Kraków], *Spuścizna prof. A. Krzyżanowskiego* [Prof. A. Krzyżanowski-Nachlass], Sign. 6830; „Kurier Łódzki”, 10 I 1926, Nr. 10, S. 10 (Meinung von Prof. E.W. Kemmer); E. Landsberg, *Uwagi w sprawie...* [Bemerkungen zu den Schwierigkeiten...], S. 8 f.

<sup>38</sup> Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej 1924 [Gesetzblatt der Republik Polen 1924], Nr. 56, Punkt 574; *Stopa dyskontowa w latach 1924-1930* [Der Diskontsatz in den Jahren 1924-1930], „Koniunktura Gospodarcza”, 1930, H. 12, S. 331-335.

seit diesem Jahr vollzog sich die Kapitalisation im beträchtlichen Ausmaße außerhalb der Unternehmen, einen bedeutenden Teil des Kapitals, das in den privaten Diskontmarkt floss, machten dabei allerdings eigene Mittel der Industriellen aus. So kam es zu der Trennung zwischen den Betrieben und der Kapitalquelle, d.h. zu der sog. „Depersonalisierung“ der Unternehmen.<sup>39</sup> Die Industrie nutzte beide Kreditquellen, im großen Ausmaße den privaten Diskontmarkt. Im Endeffekt führte das zur Dekapitalisation ganzer Unternehmen.

In der Fachliteratur wird mit Recht hervorgehoben, dass die Stabilisierung der Währung in Polen kein System mit sich brachte, wie es die freie Marktwirtschaft sowie die Dominanz des privaten Kapitalmarktes mit seiner charakteristischen Diskont- und Zinssatzpolitik kennzeichnet.<sup>40</sup> Der Mangel an Kapital erzwang die Fortsetzung der PKKP-Kreditpolitik. Die Polnische Bank (Bank Polski) ging daran, der Wirtschaft günstige Kredite anzubieten, günstigere als andere Kreditinstitute. Eine derartige Politik kam den Bedürfnissen der Industrie entgegen; gemeint ist der Wunsch nach geringeren Produktionskosten und einer größeren Konkurrenzfähigkeit im Ausland.<sup>41</sup> Wegen des Mangels an Kapital wurden Kredite kontingentiert, auch von anderen Banken, welche die Nachfrage nicht ganz zu decken vermochten. Die Wirkung auf den Markt war destruktiv. Die andere Konsequenz ist darin zu sehen, dass die Polnische Bank (Bank Polski) keine angemessene Diskontpolitik führte, also nicht die für eine Zentralbank typische Rolle einer Reserveinstitution spielte. Der Markt kurzfristiger Kredite war, allgemein gesprochen, seit 1924 beschränkt und unzureichend entwickelt.<sup>42</sup> Die neue Währung emittierte die Polnische Bank (Bank Polski), deren Grundkapital in privaten Händen lag. Die Regierung Grabski widersetzte sich der Möglichkeit, dort ausländisches Kapital zuzulassen. So entstand eine Bank mit einem geringen Grundkapital sowie einem bescheidenen Vorrat an Gold und Devisen, der kaum reichen konnte, um die neue Währung zu stützen und die Bedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen.<sup>43</sup>

Der Mißerfolg in der Stabilisierung der Währung in den Jahren 1924-1925 resultierte vor allem aus einer verkehrten Wirtschaftspolitik, deren Grundsatz der Primat des Staates gegenüber der Wirtschaft war. Die staatliche Einmischung in

---

<sup>39</sup> M. Kalecki, L. Landau, *Handel włókienniczy w Polsce. Zarys struktury* [Das Textilgeschäft in Polen. Zur Struktur], „Prace Instytutu Badania Koniunktur Gospodarczych i Cen“, 1932, H. 3/4, S. 41.

<sup>40</sup> R. Gradowski, *Przyczynę do zagadnienia kapitału państwowo-monopolistycznego w Polsce 1918-1939* [Zur Frage des staatlichen Monopolkapitals in Polen 1918-1939. Ein Beitrag], Warszawa 1965, S. 91-95.

<sup>41</sup> *Sprawozdanie z działalności Banku Polskiego za rok 1924* [Tätigkeitsbericht der Polnischen Bank für 1924], Warszawa 1925, S. 16; M. Breit, *Stopa procentowa w Polsce* [Der Zinssatz in Polen], Kraków 1933, S. 124-129; E. Lipiński, *Badanie koniunktury gospodarczej* [Die Untersuchung der Wirtschaftskonjunktur], in: *Zagadnienia gospodarcze Polski współczesnej* [Wirtschaftliche Probleme im heutigen Polen], Warszawa 1928, S. 90.

<sup>42</sup> J. Libicki, *Rynek pieniężny* [Der Geldmarkt], „Polityka Gospodarcza“, 1937, Nr. 34, S. 11-13.

<sup>43</sup> Eine bessere Lösung wäre die Gründung einer Bank mit staatlichem und privatem Kapital oder eine größere Anleihe im Ausland gewesen.

ökonomische Belange gründete in den geringen Möglichkeiten der Steuerpolitik. Daraus erwuchs die Konzeption, einen staatlichen kapitalistischen Sektor zu entwickeln, mit Elementen wie: 1. ein System von Finanzmonopolen; 2. Ausbau staatlicher Banken, welche ausschließliche Vollmachten zur Inlandkapitalisation besitzen sollten; 3. seit 1924 weitere Stärkung des Staates in Industrie, Handel und anderen Bereichen, wobei der staatliche Sektor ausgesprochen favorisiert wurde und über Steuerbegünstigungen, Zuschüsse aus dem Staatshaushalt und staatliche Aufträge verfügte.<sup>44</sup> Seit 1924-1925 bildete sich in Polen außerdem die Finanzierung des staatlichen Sektors von außerhalb des Staatshaushaltes heraus (z.B: die Dillon-Anleihe).<sup>45</sup> So stellte die staatliche Wirtschaftspolitik von 1924-1925 weitgehend eine Fortsetzung derjenigen der vorangehenden Periode dar. A. Krzyżanowski zufolge beruhte die Währungsreform „bloß darauf, dass die Inflationssteuer gegen andere Steuern ausgetauscht wurde“.<sup>46</sup> Statt den Kapitalmarkt neu aufzubauen, konzentrierte man sich auf Ersatzmittel; weiterhin verwechselte man die Ursachen wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit deren Folgen.

Die seit 1923/1924 allmählich eingeführte Maximierung der Haushaltseinnahmen verursachte eine ständige Destabilisierung der Wirtschaft. Gemeint ist die Doppelversteuerung der Produktionsfaktoren und des Kapitals, welche wachsende Kosten für die Unternehmen zur Folge hatte. Die Steuerschraube drehte den größeren Teil der Umsatzmittel ab und machte eine korrekte Organisierung der Produktion unmöglich.<sup>47</sup> Die Unternehmen versuchten, mit Hilfe hoher Preise ihre Finanzpolitik an die neue Situation anzupassen. Dies erschwerte konsequentes rationales Wirtschaften und Sparen, denn die Hochpreispolitik erleichterte es, die eigene Unwirtschaftlichkeit auf den Kunden abzuwälzen. Dadurch wurde in der Wirtschaft monopolistischen Tendenzen Vorschub geleistet. Die begrenzte Nachfrage führte auf der anderen Seite dazu, dass die Preise mit den Kosten kaum Schritt halten konnten. Vor diesem Hintergrund gestaltete sich die finanzielle Lage der Unternehmen schwierig, die Rentabilität und die Akkumulation von Kapital waren niedrig.

Eine gesonderte Darstellung verdient die Verteidigung des Zloty-Wertes in den Jahren 1924-1925. Bei einer Goldwährung musste der betreffende Staat das Außenhandelsgleichgewicht wahren, indem er einen Ausgleich zwischen der Handels- und der Zahlungsbilanz schaffte.<sup>48</sup> 1924 erreichte Polen eine minimal

<sup>44</sup> K. Studentowicz, *Polityka gospodarcza państwa* [Die staatliche Wirtschaftspolitik], Warszawa 1937, S. 99-105.

<sup>45</sup> A. Krzyżanowski, *Bierny bilans handlowy* [Die passive Handelsbilanz], Kraków 1928, S. 34.

<sup>46</sup> W. Malinowski, *Stabilizacja waluty w Polsce w latach 1924-1927 w świetle literatury* [Zur Stabilisierung der Währung in Polen 1924-1927 anhand von Fachliteratur], Kraków 1932, S. 47.

<sup>47</sup> Die Industrie verlangte vom Finanzministerium Hilfestellung in Form einer Erlaubnis, Steuern mit Wechseln zu bezahlen, doch ohne Erfolg (E. Landsberg, *Uwagi w sprawie...* [Bemerkungen zu den Schwierigkeiten...], S. 10).

<sup>48</sup> S. Rączkowski, *Teoria pieniądza...* [J.M. Keynes' Geldtheorie...], S. 74.

positive Zahlungsbilanz.<sup>49</sup> Dies sicherte trotz der ungünstigen Handelsbilanz eine stabile Währung. Anfang 1925 stockte der Zufluss von Devisen in die Polnische Bank (Bank Polski), ja sie flossen sogar rasch ab. Die Lage wurde durch die anhaltende Wirtschaftskrise sowie das wachsende Haushaltsdefizit erschwert. Für die Zahlungsbilanz war vor allem ein positives Saldo in der Handelsbilanz entscheidend. Der Wirtschaftstheorie zufolge verursachte ein Außenhandelsdefizit die Entwertung der Landeswährung, und damit die Verbilligung eingeführter Waren sowie einen Exportzuwachs. Auf diese Art und Weise funktionierte der Mechanismus, dank dem sich automatisch ein Ausgleich zwischen Überschüssen und Defiziten im Außenhandel einstellten.<sup>50</sup> Nur bei hohen Zinssätzen war er wirkungslos, und gerade das trat in Polen ein, nachdem die neue Währung eingeführt worden war.

Der Keynesianismus lieferte eine Ergänzung des obigen Schemas.<sup>51</sup> Tritt ein Staat dem Welthandel bei, erweist sich dies für ihn als äußerst vorteilhaft – allerdings unter einer Bedingung: Der Staat muss über eine starke und stabile effektive Nachfrage verfügen. Anderenfalls droht der Rückgang des Nationaleinkommens und der Beschäftigtenzahl. Ein starker Binnenmarkt stellt eine Alternative für niedrige Produktionskosten dar. 1924-1925 wurde der Kurs des polnischen Zloty zu hoch angesetzt, er entsprach nicht der ökonomischen Parität; in der Wirtschaft dauerte die sog. Stabilisierungskrise weiterhin an.<sup>52</sup> 1925 kämpfte die Regierung Grabski erfolglos um die Stabilisierung der Währung, hauptsächlich, indem sie immer neue Anleihen im Ausland machte. Diese wurden zu besonders ungünstigen Bedingungen aufgenommen und vermehrten so erheblich die Staatsverschuldung. Die so gewonnenen Devisen flossen schnell zurück ins Ausland im Rahmen von Vorgängen, welche Defizite in der Handelsbilanz ausgleichen sollten.

Die Ende Juli 1925 in Angriff genommene Entwertung des Zloty war Ausdruck einer Niederlage, welche die Valorisationsschule mit ihrer Finanz- und Währungsreform erlitten hatte.<sup>53</sup> Es handelte sich um die weltweit erste Entwertung nach der Zeit der Währungsstabilisierung, und dieses Ereignis verstärkte Krisenerscheinungen in der Wirtschaft. Die Krise ergriff die Industrie, den Handel und die Kreditinstitutionen. Der Staatshaushalt brach zusammen, die Erwerbslosigkeit nahm seit Jahren unbekannte Ausmaße an. Auf der anderen Seite zeitigte die Entwertung

<sup>49</sup> Z. Landau, J. Tomaszewski, *Gospodarka Polski międzywojennej* [Die Wirtschaft Polens in der Zwischenkriegszeit], Bd. II: *Okres kryzysu poinflacyjnego i ożywienia koniunktury 1924-1929* [Die Krisenzeit nach der Inflation und die Konjunkturbelebung 1924-1929], Warszawa 1971, S. 193.

<sup>50</sup> Die dargestellten Grundsätze waren seit D. Ricardo bekannt. 1924-1925 überschritt die negative Handelsbilanz 800 Mio. Zloty; dieser Betrag enthält allerdings Ausgaben von ca. 200 Mio. Zloty für den Einkauf von Lebensmitteln nach Mißernten (1924/1925).

<sup>51</sup> C. Napoleoni, *Mysł ekonomiczna...* [Das ökonomische Denken...], S. 141 f.

<sup>52</sup> M. Breit, *Stopa procentowa...* [Der Zinssatz...], S. 122 f.

<sup>53</sup> Der erste, der die Entwertung des Zloty vorausgesehen hatte, war Ferdynand Zweig (ders., *Bilans handlowy...* [Die Handelsbilanz...], S. 37 f.).



des Zloty auch positive Ergebnisse: Sie trug zum Abbau von Haushaltsbelastungen bei und machte polnische Produkte dank der sog. Exportprämie im Ausland konkurrenzfähiger.

In der Fachliteratur wird die Entwertung des Zloty als Mißerfolg des Programms der Währungsstabilisierung beurteilt. In Wirklichkeit war sie notwendig in einer Situation, in der Mittel und Wege fehlten, die überbewertete Währung zu verteidigen. Władysław Grabski überschätzte (als Vertreter der Valorisationsschule) die Finanzmöglichkeiten der Industrie und des Handels. Seine Haltung war ausgesprochen antikapitalistisch, kam der Denkweise breiter Massen der polnischen Gesellschaft entgegen und war also typisch populistisch. Die Politik Grabskis ging von der Prämisse aus, dass „ein jeder Gewinn des Kapitals anstößig ist, dabei aber reichlich genug, um alle Lasten tragen zu können“.<sup>54</sup> Bei vorherrschenden Deflationstendenzen auf dem Geldmarkt verursachte die Politik der übermäßigen Steuerbelastung, dass Steuerzahler zahlungsunfähig und die Mehrheit der Gesellschaft konsummüde wurden. In der zweiten Hälfte 1925 führte das den Zusammenbruch zahlloser Handelsunternehmen und brachte demzufolge große Schwierigkeiten für die Industrie mit sich.

Grabskis Währungsreform scheiterte, weil sie isoliert aufgefasst und nicht im Zusammenhang mit dem gesamten Wirtschaftsleben gesehen wurde.<sup>55</sup>

*Übersetzt von Izabela Sellmer*

---

<sup>54</sup> *Związek Przemysłu Włókienniczego w Państwie Polskim. Sprawozdanie Zarządu z działalności w roku 1925* [Verband der Textilindustrie im Polnischen Staat. Tätigkeitsbericht des Vorstandes für 1925], Łódź 1926, S. 5.

<sup>55</sup> Diskussionsbeitrag von Dr. J. Michalski, Professor der Politechnika Warszawska, ehemaliger Finanzminister, in: *Narada gospodarcze rządu z Delegatami Izb Przemysłowo-Handlowych w dniu 7 i 8 października 1929* [Wirtschaftliche Beratungen der Regierung mit Delegierten der Industrie- und Handelskammern am 7. und 8. Oktober 1929], Warszawa 1929, S. 168.